

Bundesausschuss Politische Bildung (bap)

Stellungnahme zu den Empfehlungen des Innovationskreises Weiterbildung für eine Strategie zur Gestaltung des Lernens im Lebenslauf

Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap), der Zusammenschluss von 30 überregional organisierten und bundeszentral arbeitenden Einrichtungen und Verbänden der politischen Bildung, hat sich aus der Sicht der Profession intensiv mit den Empfehlungen des Innovationskreises Weiterbildung beschäftigt und nimmt mit dem folgenden Kommentar dazu Stellung.

Politische Bildung muss zentraler Baustein des „Lebenslangen Lernens“ sein!

Die Empfehlungen des Innovationskreises Weiterbildung heben den Wert der politischen Bildung als einen zentralen Baustein des Lebenslangen Lernens und damit der Weiterbildung in Deutschland hervor. Wir begrüßen und unterstreichen diese Einschätzung. Die politische Bildung spielt eine zentrale Rolle, da sie den Bürgerinnen und Bürgern hilft, die Komplexität unserer gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge zu verstehen, sich in ihrem unmittelbaren sozialen Umfeld wie auch im größeren Zusammenhang von Gemeinwesen und Staat zu positionieren und sie dazu anregt, sich bürgerschaftlich in Fragen des Gemeinwesens und der Politik zu engagieren.

Das Konzept des Lebenslangen Lernens, wie es im Zuge der Umstrukturierung von Gesellschaft und Arbeitswelt entwickelt wurde, soll dazu dienen, Menschen in die Lage zu versetzen, ihr Leben selbstbestimmt zu führen und sich am gesellschaftlichen und politischen Leben zu beteiligen, und zwar im Sinne der Teilhabe an sozialen Gemeinschaften und im Sinne bürgerschaftlichen Engagements wie auch an politischer Meinungsbildung, Entscheidungsfindung und Ausgestaltung. Die Möglichkeiten, das dafür notwendige Wissen, die Fertigkeiten, Fähigkeiten und Kompetenzen zu erlangen, muss allen Bürgerinnen und Bürgern mit dem Zugang zu politischer Bildung eröffnet werden.

Wir brauchen ein umfassendes Bildungsverständnis

Der Bundesausschuss Politische Bildung unterstreicht daher das Bildungsverständnis, das der Innovationskreis Weiterbildung in der Präambel seiner Empfehlungen umfassend definiert als Ressource für mehr Chancengerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftliche Entwicklung. Es ist wichtig und richtig, den Wert des Lernens nicht nur für berufliche Zwecke hervorzuheben, sondern auch für die Ausübung des bürgerschaftlichen Engagements und für die Persönlichkeitsentwicklung jedes Einzelnen.

Allerdings wäre zu erwarten gewesen, dass diese Einsicht im Papier des Innovationskreises Weiterbildung durchgehend Berücksichtigung findet. Dies ist aber leider nicht der Fall. Denn obschon in der Präambel der Wert des Lernens für alle Lebensbereiche und nicht nur für die Förderung der Erwerbsfähigkeit herausgestellt ist, kommt diese Einsicht nur noch in wenigen der folgenden Empfehlungen zum Ausdruck.

Politische Bildung ist mehr als „Demokratielernen“

Menschen zu befähigen, zur Weiterentwicklung unserer demokratischen Gesellschaft ebenso wie zu ihrer persönlichen Emanzipation, Teilhabe und Integration beizutragen und ihr „Verständnis für gesellschaftliche, soziale, politische und kulturelle Zusammenhänge“ zu fördern, wie es die 7. Empfehlung formuliert, gehört zu den Kernaufgaben politischer Bildung. Der Bundesausschuss Politische Bildung begrüßt und bekräftigt daher die Empfehlung 7 „Das Lernen in der Zivilgesellschaft fördern“ und die Tatsache, dass der Innovationskreis der Vermittlung demokratischer Werte einen zentralen Stellenwert einräumt. Wir teilen ebenso die Einschätzung, dass die Stärkung der politischen Bildung im Hinblick auf die Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern unverzichtbar ist.

Politische Bildung ist allerdings mehr als die „Förderung von Demokratiefähigkeit und demokratischer Konfliktlösung“. Politische Bildung fördert ein umfassendes Verständnis von Politik und politischen Modellen, um eine eigene, begründete Haltung zu ermöglichen und um die politische Handlungsfähigkeit zu fördern, um die Durchsetzung von Interessen und einen gerechten und solidarischen Interessenausgleich zu ermöglichen. Sie ist deswegen auch nicht gleichzusetzen mit anderen Bildungsangeboten, die *alle* dem Verdikt demokratischen Lernens unterliegen sollten.

So sehr wir auch die Vorstellung von politischer Bildung als Querschnittsaufgabe unterstützen, wollen wir politische Bildung jedoch weiterhin als den Bildungsbereich definiert wissen, der im Speziellen politisches Wissen, demokratisches Bewusstsein und politische Handlungsfähigkeit vermittelt und damit das „zentrale Handlungsfeld künftiger Fördermaßnahmen“ sein sollte. Politische Bildung als Querschnittsaufgabe verstehen wir als – in der Tat notwendigen – Aufruf zur bereichsübergreifenden Zusammenarbeit, damit politisches Bewusstsein und Teilhabefähigkeit nach demokratischen Maßstäben auch in anderen Bildungsbereichen gefördert wird.

Politische Bildung anerkennen, nicht zertifizieren

Politische Bildung vermittelt notwendiges Wissen und erforderliche Kompetenzen für die soziale und politische Beteiligung und Integration aller Bürgerinnen und Bürger. Sie bietet sowohl geschützte wie öffentliche Räume, in denen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung unterstützt werden. Als nicht-formale Bildung ist sie damit teilnehmerorientiert und ergebnisoffen, kritisch und riskant, dem Prinzip folgend, dass Bildung Selbstbildung ist. Dem widerspricht eine standardisierte Lernzielorientierung und eine normierte Leistungsbeurteilung. Vielmehr geht es darum, dass in bürgerschaftlichem Engagement erworbene Fähigkeiten und Kompetenzen Anerkennung finden und sichtbar gemacht werden. Diese Form der Anerkennung ist meist wichtiger als eine „Zertifizierung“ (Empfehlung 7, Punkt 4), die den pädagogischen Leitbildern formaler Bildung entspricht.

Politische Bildung für alle fördern

Nicht-formale politische Bildung bietet mit ihrer Teilnehmer- und Nachfrageorientierung außerdem die Offenheit, diejenigen zu erreichen, die an herkömmlichen Bildungsangeboten kein Interesse zeigen, ja eher abgeschreckt werden. Sie setzt daher dort an, wo sich politische Fragen im Alltag jedes Einzelnen ausmachen lassen: In der Arbeitswelt, im alltäglichen sozialen Umgang, im Stadtviertel. Sie ist daher bestens geeignet, „neue Zugänge zum Lernen im Lebenslauf“ (Präambel) zu schaffen und „Übergangsbarrieren“ (Empfehlung 3) zu überwinden. Dabei richtet sich politische Bildung an alle Bürgerinnen und Bürger. Integration und Teilhabe sind ein Ziel nicht nur für Migrantinnen und Migranten sowie für sozial- und bildungsbenachteiligte Gruppen, deren Weiterbildungsinteresse zweifellos gestärkt werden muss, sondern auch für diejenigen, die in der Mehrheitsgesellschaft auf Integrations- und Teilhabewünsche der Betroffenen reagieren. Sie benötigen entsprechende interkulturelle und inter-soziale Kompetenzen, um gemeinsam mit anderen für die gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen gerechte und demokratische Lösungen zu finden.

Nicht-formale politische Bildung braucht geeignete Rahmenbedingungen und Instrumente

Allerdings braucht sie dafür geeignete Rahmenbedingungen und Instrumente. Appelle an Träger, Sozialpartner und Kommunen reichen nicht. Möglichkeiten zur politischen Bildung müssen deswegen strukturell, politisch und finanziell, auch im Rahmen von beruflicher Weiterbildung und ihrer Finanzierung, gesichert werden. Bund, Länder und Kommunen müssen ihre öffentliche Verantwortung für die Weiterbildung, und insbesondere für die politische Bildung, ernst nehmen.

In diesem Sinne sind die in den Empfehlungen vorgeschlagenen Finanzierungsmodelle bei weitem nicht ausreichend, um die angestrebte Quote der Weiterbildungsbeteiligung aller Bevölkerungsgruppen zu erhöhen. Weder das Angebot einer Bildungsprämie oder eines Weiterbildungsdarlehens, noch der Verweis auf die Sozialpartner, wird dem vielfach wiederholten politischen Anspruch, den globalen Herausforderungen mit einer besseren und breiteren Bildung für alle zu begegnen, gerecht. Zudem dürfen die vorgeschlagenen Finanzierungsinstrumente (Lernzeitkonten, Bildungsprämie) nicht auf die Maßnahmen beruflicher Bildung beschränkt bleiben, sondern müssen auch auf die Maßnahmen politischer Weiterbildung Anwendung finden.

Im Sinne einer bildungsbereichsübergreifenden Weiterbildungsinitiative und für eine erfolgreiche Qualitätssicherung muss politische Bildung verstärkt ein Thema der Bildungsforschung werden.

Politische Bildung muss zentraler Bestandteil des geplanten Leitbildes für eine vorausschauende Weiterbildungspolitik sein, die aber nur dann gelingen kann, wenn alle politischen Kräfte, gemeinsam mit den Trägern der Weiterbildung, ernsthafte Anstrengungen unternehmen, für die vorgeschlagenen Ziele auch geeignete Umsetzungsinstrumente zu schaffen.

Bundesausschuss Politische Bildung, im März 2008.

Weitere Informationen unter www.bap-politischebildung.de